

An den
Deutschen Bundestag
Petitionsausschuss
Platz der Republik 1

11011 Berlin

- **Für Ihre Unterlagen** -

Petition an den Deutschen Bundestag
(mit der Bitte um Veröffentlichung)

Persönliche Daten des Hauptpetenten

Anrede	Herr
Name	Wirtz
Vorname	Michael
Titel	

Anschrift

Wohnort	Seevetal
Postleitzahl	21220
Straße und Hausnr.	Alter Postweg 83a
Land/Bundesland.	Deutschland
Telefonnummer	04105/4088084
E-Mail-Adresse	wirtz@adipositashilfe-nord.de

Wortlaut der Petition

Der Deutsche Bundestag möge die rechtlichen Rahmenbedingungen für eine bedarfsgerechte medizinische Versorgung adipöser Patienten schaffen und deren Finanzierung bundesweit einheitlich sicherstellen. 16 Mio. Erwachsene sind in Deutschland von der chronischen Krankheit Adipositas betroffen. Jedoch ist die ambulante medizinische Versorgung von diesen Patienten in Deutschland trotz existierender nationaler und internationaler Leitlinien nicht flächendeckend umgesetzt.

Begründung

Nach Daten des Robert Koch-Instituts ist in Deutschland fast jeder vierte Erwachsene adipös (23,6%). Der Anteil extrem adipöser Menschen beläuft sich mittlerweile auf mehr als 1,4 Mio. Erwachsene und hat sich laut Statistischem Bundesamt im Zeitraum von 1999 bis 2013 mehr als verdoppelt.

Adipositas ist nachweislich Auslöser von mehr als 60 Folge- und Begleiterkrankungen wie Diabetes Mellitus Typ II, Herz-Kreislauf- und Krebserkrankungen und gleichzeitig eine Therapiebarriere bei deren Behandlung. Neben der individuellen Krankheitslast belaufen sich die geschätzten direkten Kosten der Adipositas in Deutschland auf 29,4 Milliarden Euro pro Jahr. Damit sind sie doppelt so hoch wie die Krankheitskosten durch Alkohol- oder Tabakkonsum. Doch nicht alleine die Krankheitskosten sind ein Problem für die Gesellschaft. Vielen der stark adipösen Patienten ist es aufgrund ihrer Erkrankung nicht mehr möglich ihrem Beruf nachzugehen. Da viele Betroffene bereits zur sozial schwachen Schicht gehören, führt dies schnell zu einem weiteren gesellschaftlichen Abstieg.

Die Bundesregierung hat bereits Programme im Bereich der Prävention von Adipositas initiiert und gefördert. Diese Präventionsprogramme sowie die im Rahmen des Präventionsgesetzes neu entstandenen Angebote der gesetzlichen Krankenkassen erreichen die chronisch kranken Patienten jedoch nicht.

Im deutschen Gesundheitswesen wird diese stark wachsende Gruppe der Bevölkerung diskriminiert, indem eine bedarfs- und leitliniengerechte Diagnostik und Therapie zwar zum Leistungsumfang der GKV gehört, aber nicht gewährt wird. Die meisten medizinischen Leistungen sind per se im ambulanten Leistungskatalog enthalten, dürfen aber bei der Indikation Adipositas nicht angewandt bzw. verordnet werden. Durch diese unregelmäßige Situation erhalten adipöse Menschen nur dann eine Therapie, wenn sie diese hartnäckig bei den Krankenkassen einfordern oder selber finanzieren, was wiederum Vielen nicht möglich ist. Scham und Stigmatisierung sind insbesondere für stark adipöse Patienten große Hindernisse eine Therapie bei Ärzten und Krankenkassen einzufordern.

Vor dem Hintergrund dieser problematischen Versorgungssituation wendet sich die AdipositasHilfe Nord e.V. sowie die deutsche Patientenvertreterin der European Association for the Study of Obesity (EASO) mit dieser Petition an die Mitglieder des Deutschen Bundestages. Wir bitten Sie, die Voraussetzungen für eine bedarfsgerechte Versorgung von Patienten mit Adipositas zu schaffen. Die Krankenkassen und die Organe der Selbstverwaltung haben es bisher versäumt, die erforderlichen Rahmenbedingungen umzusetzen. Die Politik ist damit gefordert, diese Lücke zu schließen.

Anregungen für die Forendiskussion

Soweit Sie es für wichtig halten, senden Sie bitte ergänzende Unterlagen in Kopie (z.B. Entscheidungen der betroffenen Behörde, Klageschriften, Urteile) **nach Erhalt des Aktenzeichens** auf dem Postweg an folgende Kontaktadresse:

Deutscher Bundestag
Sekretariat des Petitionsausschusses
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: (030)227 35257
